



"Frisch ins Neue Jahr!"

Den Ausverkauf kommunaler Einrichtungen verhindern!

Von AUF Witten Ratsmitglied Achim Czulwick

Welche Auswirkungen die geplante Reform der Gemeindeordnung auf die Finanzlage der Stadt haben wird, kann nicht konkret vorhergesagt werden. Aber die Richtung ist klar:

Der Koalitionsvertrag gibt Vorfahrt für private Interessen bei der Vermarktung kommunaler Dienste. Schon bisher war jede sogenannte Reform der Gemeindeordnung mit einer Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung verbunden. Bundes- und Landesregierung beschlossen Gesetze, die Kommunen mussten sie bezahlen, während ihnen gleichzeitig die Einnahmen gekürzt wurden. Das trieb sie in die Verschuldung. Diese wurde fortan zum Argument für die Privatisierung kommunaler Einrichtungen.

Aber es gibt Widerstand gegen diesen Ausverkauf. Der Rat in Witten lehnte die geforderte Privatisierung der Stadtwerke immer wieder ab. Soll das nicht mehr möglich sein?

Der neue §7 der Bundeshaushaltsordnung bestimmt z.B., dass alle staatlichen Aufgaben zu prüfen sind, ob sie „durch Ausgliederung und Entstaatlichung oder Privatisierung erfüllt werden können“.

Großkonzerne suchen angesichts ihrer gewaltigen Profite nach neuen Anlagemöglichkeiten. Die Gebühren für kommunale Leistungen bieten da gesicherte Einnahmen. Mit dem geplanten Verbot von Unternehmensbeteiligungen für Kommunen müssen diese den Kapitalanlegern das Feld der lukrativen Dienstleistungen überlassen.

Einen Bestandsschutz wird es wohl kaum geben, denn es geht um riesige Summen, die Kapitalanleger an den Menschen in den Kommunen verdienen wollen – politisch flankiert durch weitere Einschränkungen der Rechte der Stadträte. Sie sollen das Recht



verlieren, die **Dezernenten zu wählen, und der Bürgermeister soll sich nur alle acht Jahre der Kontrolle durch die Wähler stellen. Die politische Absicht der Landesregierung ist eindeutig:** die Verwaltungen sollen zum verlängerten Arm ihrer Politik werden, die Räte verlieren immer mehr ihr politisches Mandat.

Eine solche Politik der Umverteilung der kommunalen Ressourcen in die Tasche von Kapitalanlegern und der Abschaffung des Restes einer kommunalen Selbstverwaltung muss politisch bekämpft werden. Dazu gibt es keine Alternative.

AUF Witten wird seine ganze Kraft für ein breites Kampfbündnis einsetzen, es geht um die Menschen in dieser Stadt!

Statt Kürzung von Kindergartenplätzen: Kostenlose, qualifizierte Ganztagsbetreuung!

von Elke Frey

Als Besucherin der letzten Ratssitzung 2005 möchte ich mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, dass in der Presse bis jetzt nichts über den Punkt Kindergartenplätze berichtet wurde.

Es war doch bemerkenswert, dass der Vertreter von *AUF Witten*, Achim Czulwick, als einziger gegen die Kürzung von Zuschüssen für die Kindergärten gestimmt hat.

Die Kürzungen ziehen einen Abbau von 274 Kindergartenplätzen in Witten nach sich, nicht zu reden von Stellen und Ausbildungsplätzen, die wegfallen werden.



Kindergarten: nicht nur Betreuung, sondern hier soll auch die Persönlichkeit entwickelt werden

Herr Czulwick betonte die negativen Auswirkungen für die Familien, die jetzt weitere Wege in Kauf nehmen müssen, und schlug vor, lieber kleinere Gruppen zu bilden als ganze Kindergärten zu schließen.

Meiner Meinung nach kann auch das Argument des Bevölkerungsrückgangs einen solchen Abbau von Plätzen nicht rechtfertigen. Es war fast so, als würde der Bevölkerungsrückgang begrüßt, weil nun Zuschüsse eingespart werden könnten. Je mehr aber für unsre Kinder gestrichen wird, umso mehr wird der Bevölkerungsrückgang voranschreiten. Witten wird bald keine Großstadt mehr sein.

Ein Umdenken ist erforderlich. Die Stadt sollte gerade kinder- und familienfreundliche Projekte fördern anstatt sie abzubauen.

Sinnvoll ist die Forderung von *AUF Witten* und übrigens auch von vielen überparteilichen Frauenverbänden, eine kostenlose und qualifizierte Ganztagsbetreuung für Kinder von 0 – 14 Jahren aufzubauen.

Hierfür Gelder auszugeben wäre angebrachter als für die immensen Zinsen an die Banken, die an der Verschuldung der Städte verdienen.

Kindergeld: ein Mehrfaches davon wird einem wieder genommen!

von C. W. (Name der Redaktion bekannt)

Wofür eigentlich Kindergeld? Kinder sind die Stützen unserer Gesellschaft, sie sind unsere Zukunft. Wer Kinder großziehen will, soll zumindest eine (kleine) finanzielle Anerkennung erhalten.

Aber so ist es nicht. Was hab ich denn vom Kindergeld? Weil ich arbeiten gehen muss, bleibt vom Kindergeld nichts übrig.



Ein Vielfaches davon muss ich ausgeben für die Ganztagsbetreuung, für das Essensgeld, für Babysitter, die einspringen, wenn es Probleme gibt mit dem Abholen und Hinbringen.

Bei Krankheit wird es sofort eng. Die wenigen Tage frei sind schnell aufgebraucht, da muss unbezahlter Urlaub genommen werden.

Ich habe den Eindruck, das Kindergeld wird mir nur bezahlt, damit ich die übrigen Verpflichtungen überhaupt bezahlen kann – von Anerkennung oder finanzieller Unterstützung jedenfalls merke ich nichts.

Wenn jetzt die Regierung auch noch über Kürzungen nachdenkt, dann weiß ich wirklich nicht mehr, wie ich das alles hinkriegen soll – oder habt ihr gehört, dass die dicken Gehälter von alleinerziehenden Müttern verdient werden?

Gedanken zum Internationalen Frauentag von Renate Dietze



Was fällt mir spontan dazu ein:

„Gleichberechtigung“ ... Na klar, deswegen ist dieser **Internationale Kampftag der Frauen** ja mal ausgerufen worden. Oh, was sind wir heute gleichberechtigt! Der Haken ist nur: wie ist das denn im „richtigen“ Leben?? Ja, da stellt sich heraus: Der Rest der Welt hat es noch gar nicht erfasst!

Wir sollten mal genauer hinschaun.

„Frauen an die Macht!“ ... OK, haben wir - wenigstens schon mal an oberster Stelle. Wir sollten mal genauer hinschaun.

„Frauenpower“ ... Ein sehr diffuses Wort. Vielleicht ist gemeint: Frauen haben *Ausdauer*.

Wir sollten mal genauer hinschaun.

„Frauen haben die meiste Power“ ...

Wie denn **das**?

Männer, schaut euch um: Wie viele von euch schaffen es, Haushalt, Kinder **und** Partner sowie Berufstätigkeit über **Jahre** ohne entspre-

chende Ausbildung zu „managen“? So mancher weiß nicht, wo Bettwäsche oder frische Handtücher lagern, wo die Kinder gerade Verzweiflung plagt oder welchen Wunsch **Frau** schon so lange hat ... Frauen haben **drei** Arbeitsstellen, sie geben **dreimal Power!**

Ist das **gleichberechtigt**?

Wir sollten mal sehr viel genauer hinschaun.

Uns reicht es nicht, die gleichen Rechte zu **haben**, wir wollen sie auch (er)**leben!** Wir müssen nicht mehr beweisen, dass wir es **auch** können, wir sind so frei und fordern unsere Rechte ein!



Frei wolln wir sein! Mehr Zeit für uns? Gerne, es gibt so viel, was wir schon lange mal machen wollten ... Mehr Zeit für die Kinder? Prima, sie wollen doch nicht nur versorgt werden! Mehr Respekt? ... Na endlich, dann sucht keiner mehr, ob sich nicht doch noch ein männlicher Abteilungsleiter findet, denn auch der fällt wegen Kindererziehungszeiten aus!

Zum (guten) Schluss: Ich stelle fest, mir sind recht altmodische Gedanken in den Sinn gekommen, darüber spricht doch heute kein Mensch mehr!

Oder haben wir es **selbst** noch nicht erfasst?? Dann sollten wir **endlich genauer hinschaun!**

AUF WITTEN ist dabei - bei uns ziehen Frauen und Männer an einem Strick, denn nur gemeinsam können wir die Welt verändern!

Ich wünsche einen sehr bewussten
Frauentag!

Wie soll es weitergehen – mit Witten und VOGT?

Die Fakten zeigen, dass es für die Mitarbeiter bei VOGT seit Jahren immer etwas schlechter geworden ist: Langjährige Kollegen mussten gehen, Leiharbeiter wurden nicht mehr beschäftigt, befristete Verträge nicht verlängert.

Auch bei der Arbeit gibt es mehr Stress, weil Kunden ihre Lieferungen haben wollen, Bauteile fehlen und weil routinierte Mitarbeiter entlassen wurden, deren Arbeit jetzt von anderen neu erlernt und übernommen werden muss.

Viele der Kollegen fragen sich, warum sie überhaupt noch bei VOGT arbeiten sollen, sind auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen, die aber schwer zu finden sind. Und jetzt sollen sie schon wieder auf Geld verzichten? Nichts Anderes bedeutet doch der Sanierungstarifvertrag. Die Änderungskündigungen werden wieder Abgruppierungen bedeuten.

Den Kollegen wird immer wieder erzählt, man könne dadurch Arbeitsplätze sicherer machen. Fragt mal die im September 2005 „freigestellten“ Kollegen. Sie haben vergeblich auf Lohn verzichtet, um Arbeitsplätze zu retten!



25.10.2003: 800 Menschen demonstrieren gegen Massenentlassungen bei VOGT

Nicht nur die Mitarbeiter im VOGT-Werk sind betroffen. Mit jedem Arbeitsplatz, der hier verloren geht, verliert Witten: Der Stadt gehen Lohnsteuer-Anteile verloren, Arbeitslosengeld I und II müssen gezahlt werden, die Kaufkraft schrumpft – auch bei den im Werk verbliebenen Mitarbeitern, da sie weniger verdienen.

Aber es gibt noch andere Aspekte, die für Witten und seine Einwohner wichtig sein sollten, wie die Attraktivität der Stadt, die mit steigender Arbeitslosenzahl zurück geht.

VOGT electronic Witten GmbH 1999 bis heute

- 1999 waren im Wittener Werk noch 1600 Leute beschäftigt
- immer wieder wurden Mitarbeiter entlassen oder aber Abteilungen „outsourct“
- 2003 waren es 400 Mitarbeiter, denen auf einen Schlag gekündigt wurde, woraufhin die Belegschaft einen Tag lang die Tore blockiert hat
- 2004: der erste Sanierungstarifvertrag (30 Std. arbeiten, aber nur 29 Std. bezahlt, dazu kein Weihnachts- oder Urlaubsgeld)
- Frühjahr 2005: reihenweise Änderungskündigungen
- Sommer 2005: Insolvenzantrag
- September 2005: „Freistellung“ von der Hälfte der Belegschaft
- Herbst 2005: Arbeitsgericht Bochum entscheidet: Alle Änderungskündigungen müssen zurückgenommen werden
- Noch nicht in Kraft getreten: zweiter Sanierungstarifvertrag (35 Std. arbeiten, aber nur 30 Std. bezahlt, kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, zusätzlich keine Tariferhöhungen, Änderungskündigungen sind erlaubt)

Die Spirale geht immer weiter abwärts! Wo ist der Anreiz, hier eine Familie zu gründen? Das wirkt sich wieder auf Qualität und Quantität der Kindergärten und Schulen aus.

Jeder Einzelne von uns sollte ein Interesse daran haben, dass die Situation nicht schlechter wird, sondern besser. Die mutige Torblockade und die Demonstration im Oktober 2003 in der Wittener Innenstadt haben gezeigt: *"Gemeinsam sind wir stark!"* Auch wenn keine Arbeitsplätze gerettet wurden, setzten die KollegInnen ein Zeichen:

"Wir wollen uns nicht länger für Profite reinlegen lassen. Wir wollen nicht länger den Kopf in den Sand stecken, wenn die Arbeitsplätze unserer Frauen, Männer, Kinder, Freunde oder Nachbarn in Gefahr sind."

AUF Witten unterstützt die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. So können nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch neue geschaffen werden. Werden Sie aktiv in und mit *AUF Witten* getreu unserem Motto:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Public Private Partnership (PPP) - ein trojanisches Pferd von Geschäftemachern in den Mauern der Kommunen!

von Gregor Duve

Die Stadt Witten nimmt an einem PPP-Modell des NRW-Finanzministeriums teil, mit dem zwei Schulerweiterungsbauten und Sanierungen abgewickelt werden: Schillergymnasium und Adolf-Reichwein-Realschule. Die Stadt nennt rund 35,6 Millionen €, die sie bei Eigenfinanzierung aufbringen müsste.

PPP bedeutet, dass die Stadt die genannten Schulgebäude an eine private Firma, nämlich eine Tochter des Bauriesen STRABAG auf 25 Jahre verpachtet. In dieser Zeit überlässt die Stadt der Firma die Sanierung, Erweiterung, Hausmeisterdienste, Gebäudereinigung, Pflege der Außenanlagen und Instandhaltung. **Dafür muss sie Miete zahlen.**



Der PPP - Anbau des Schillergymnasiums

Die Mietzahlungen sollen im Vergleich zur Eigenfinanzierung eine Einsparung von 9,3 Prozent bzw. 3,3 Millionen € erbringen. Am Ende der Laufzeit sollen die Gebäude in einem guten und gebrauchsfähigen Zustand an die Stadt zurück gehen.

Soweit die Begründung der Stadt verbunden mit der Ankündigung der Bürgermeisterin, dass PPP noch um einiges ausgeweitet werden soll. Dafür gibt es sogar Zuschüsse vom Land NRW.

AUF Witten sagt: Schluss mit dem ganzen Theater im Rathaus und Rat!

Es hört sich an wie ein Märchen aus Tausend und Einer Nacht, dass Unternehmer den Kommunen aus der finanziellen Patsche helfen, ihre Aufgaben finanzieren und ihnen dabei auch noch Millionenbeträge einsparen helfen.

Die Stadt kann weder 35 Millionen € noch eine um 10 Prozent reduzierte Summe aufbringen – mit einem nachweislichen Schuldenstand von **341,019 Mio. €** Ende 2004 ist Schluss mit lustig.

- Was an der Stadt hängen bleibt, sind die **Mietzahlungen**. Rechnet man die Gesamtkosten auf die Laufzeit um, bleiben umgerechnet rund **100.000 € pro Monat**. **Wie soll das denn finanziert werden, vor allem wenn noch andere Projekte hinzukommen?**

- Die Haltbarkeit bei **Leichtbauweise** ist deutlich vermindert, eine Bauruine vorprogrammiert, wie das Beispiel Adolf Reichwein Realschule zeigt. Sie erteilte nach nur 30 Jahren das AUS – genau nach Ablauf der Gewährleistungsfrist.

- Bei einer **Insolvenz der Privatfirma** bleiben alle Kosten einseitig bei der Stadt, sie kann aus ihren gesetzlichen Aufgaben nicht raus.

- **Ansässige** Handwerksunternehmen, Dienstleister, Einzelhandel und kleine Industrieunternehmen bleiben außen vor.

Die Großkonzerne profitieren aber dreifach: durch Mieteinnahmen, durch Abschreibungen und Steuervergünstigungen – alles auf Kosten der Steuerzahler.

Das Public-Private-Partnership-Modell muss abgelehnt werden!

Es müssen andere Wege zur Realität gesucht und eingeschlagen werden. Wir müssen wieder zu einer Bodenständigkeit der heimischen Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Dienstleister kommen. Die Banken müssen zu einem Zinsmoratorium bewegt werden, bis notwendig gewordene Renovierungen und Instandsetzungen abgeschlossen sind.

Gleichzeitig muss die Einnahmeseite der Kommunen drastisch verbessert werden. Schluss mit der Politik, den Kommunen immer mehr Aufgaben zu übertragen, ihnen aber gleichzeitig die Mittel zu kürzen.

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine – im Prinzip besteht in allen Kommunen dieselbe Situation. Es gibt aber auch überall die Suche nach einer überparteilichen Alternative, es gibt den Wunsch selbst aktiv zu werden!

Mit über 35 Bündnissen vernetzen wir uns bundesweit und werden das Projekt eines alternativen Städtetages auf die Tagesordnung setzen.

Gemeinsam gegen den Ausverkauf der Kommunen und gegen die Umverteilung!

Solidarisches Zusammenleben – kulturelle Vielfalt

Am 21.01.2006 führte *AUF Witten* den 1. Infostand des Jahres 2006 durch – das war ein guter Start, am selben Tag fand auch das Fest der Solidarität statt, veranstaltet auf dem Berliner Platz vom "Antifaschistischen Aktionsbündnis" mit anschließender Demonstration gegen soziale Ausgrenzung und "rassistische Asylpolitik". Schließlich arbeitet *AUF Witten* auf antifaschistischer Grundlage und unterstützt solche Aktivitäten mit vollem Herzen entsprechend unseren Grundsätzen:

"AUF Witten ist getragen vom Gedanken der Gleichberechtigung aller in Witten lebenden Menschen, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, ihrer Religion und ihres Alters und fördert ihr solidarisches Zusammenleben und ihre kulturelle Vielfalt."



"AUF-Stand" am Berliner Platz am 21.01.2006

Asylsuchende kamen zum Infostand, wir ermunterten sie, ihre Forderungen auf Pappe zu schreiben.

Migranten sind dort zu Hause, wo sie leben. Die Umstände, die Menschen dazu zwingen, ihre angestammte Heimat zu verlassen, sind vielfältig. Die meisten Schwierigkeiten bekommen diejenigen, die sich schon in ihrem Heimatland gegen Missstände und Ungerechtigkeiten gewehrt haben.

Wir ermutigen die Betroffenen, für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Belange selbst aktiv zu werden und helfen ihnen, ihre Interessen durchzusetzen. Dabei sind wir keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. In *AUF Witten* können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Von Ulrich Wagner

Meine Heimat ist hier!

Renate Dietze sprach mit Dafina M., Asylbewerberin aus dem Kosovo

Frage: Dafina, auf der Kundgebung berichteten Sie von den Schwierigkeiten als langjährige Asylbewerberin. Der Krieg im Kosovo ist seit Jahren beendet, warum gehen Sie nicht in die Heimat zurück?

Dafina: Natürlich sehnt sich jeder Mensch nach der Heimat, in der er aufgewachsen ist. Keiner geht ohne Grund in ein fremdes Land! Wir sind seit 15 Jahren in Deutschland, **geduldet**, ohne jede Möglichkeit, am

Leben teilzunehmen. Die alten Leute in unserer Gruppe leiden darum oftmals an Depression.

Doch trotz aller Entbehrungen haben wir hier das kleinere Übel, denn wir haben ein Dach über dem Kopf und zu essen. Wer zurückgeht, steht vor dem Nichts: Wessen Haus tatsächlich noch steht, kann nicht hinein, denn da wohnen lange andere drin. Nach einem Krieg gelten andere Gesetze! Auffanglager oder Notunterkünfte gibt es nicht. Ich bin mit meinen Eltern hierher gekommen, Verwandte haben wir dort nicht mehr, die uns aufnehmen könnten. Es gibt auch keine finanzielle Starthilfe.

Dazu kommt noch, dass wir einer Bevölkerungsminorität angehören, die unerwünscht ist. Da passieren schlimme Verbrechen, man schaut weg. Mein Bruder wurde mit seiner Frau und drei kleinen Kindern in diese Situation abgeschoben. Er gab uns Nachricht bei der Ankunft in Pristina, seitdem hörten wir nichts mehr. Darum haben wir so große Angst vor der Abschiebung!



"Menschenrecht gilt für alle!", "Zukunft für unsere Kinder" So stand es auf den selbstgemalten Plakaten

Ich kam als Kind nach Deutschland, bin hier 10 Jahre zur Schule gegangen, habe geheiratet und eine zweijährige Tochter. Der Kosovo ist fremd und gefährlich geworden. Da ist kein Bleiben mehr.

Heimat ist da, wo man aufgewachsen ist und Freunde hat. Meine Heimat ist hier!

Thema Stadtwerke:

Verbraucher wollen günstige und transparente Preise!

Nach Erhöhung der Gaspreise um bis zu 25 % im letzten Jahr wurde das Gas ab 01.01.2006 schon wieder teurer! Zusammen mit den Stromkosten macht das einen Großteil des Anstiegs der Lebenshaltungskosten aus. Bei insgesamt sinkenden Einkommen. Wie erklären sich die horrenden Preissteigerungen?

Was geht auf das Konto von Monopolanbietern? Was ist Folge hausgemachter Missstände? Die Gebührenzahler sollen sogar indirekt zur Tilgung städtischer Schulden oder für Mietausfälle leerstehender Gebäude herangezogen werden, was völlig inakzeptabel ist.

AUF Witten veranstaltet dazu ein Bürgerforum am 24. März (siehe Seite 8) – alle interessierten Wittener und Vertreter von Stadtwerken und Stadtverwaltung sind herzlich eingeladen.



Der Abriss des Stadtbades ist ein Symbol für die Politik in dieser Stadt: Vorrang für die Interessen privater Investoren zu Lasten der Allgemeinheit.

Lustreisen des Aufsichtsrates?

Keine der offiziellen Stellungnahmen zur im Oktober 2004 erfolgten Fahrt des Aufsichtsrates der Stadtwerke-Tochter VWW (Verbund-Wasserwerk Witten GmbH) nach Budapest hat wirklich etwas geklärt. Die dort angeblich zu besichtigende Software – ein neues Netzleitsystem – war laut Geschäftsbericht des VWW 2003 bereits von der Firma Repas AEG eingekauft worden.

Beruhigt es etwa, dass die Fahrt einer 13-köpfigen Delegation nicht von e.on oder RWE gesponsert wurde, sondern "selbstfinanziert" war, das heißt aus unseren Verbrauchergebühren und Steuern?

Wieso braucht ein Unternehmen mit 2,7 Millionen Euro Umsatzerlös (2003) einen Geschäftsführer, einen Prokuristen, einen Betriebsleiter mit Stellvertreter für insgesamt ca. 180.000 € Gehälter jährlich? Zur Aufsicht von gerade mal 10 Mitarbeitern?

Wieso muss dieses Kleinunternehmen von einem 12-köpfigen Aufsichtsrat "kontrolliert" werden, der im Jahr 2003 dafür 10.353,69 € Sitzungsgelder kassierte?

Und dann noch Reisen nach Budapest?

Das Ratsmitglied für AUF Witten Achim Czulwick hat am 23.01.2006 zu dieser und anderen "Fortbildungsreisen" der Aufsichtsräte von VWW und Stadtwerke eine Anfrage an die Bürgermeisterin gestellt.

Er fragt auch, ob die Teilnehmer ihre Reise nicht aus eigener Tasche finanzieren sollten, wenn diese sachlich nicht begründet war.

Urteil spart heikle Fragen aus

Kommentar des Vorstands von AUF Witten

Aufgrund von Strafanzeigen der Stadtwerke wurde am 12.01.2006 ein ehemaliger Prokurist der Stadtwerke von Richter Karl-Michael Führ wegen "Verleumdung und Beleidigung in 3 Fällen" zu einer Geldstrafe von insgesamt 900 € verurteilt.

Der Betroffene hat Rechtsmittel eingelegt, damit ist das Urteil nicht rechtskräftig. Wird es in nächster Instanz Bestand haben?

Der Richter sparte die heiklen Fragen des ehemaligen Prokuristen aus. Diese wären nur vorgeschoben, um seinen Privatkrieg gegen die Stadtwerke zu führen.

Wäre es aber nicht Aufgabe eines Gerichts, den Wahrheitsgehalt solcher Fragen zu prüfen?

- Wieso beziehen Führungskräfte der Stadtwerke ohne Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen Spitzen-Beamten-Gehälter? So der Technische Leiter nach B4. Im Vergleich dazu erhält der Stadtkämmerer nur B3.
- Wie ist das mit den luxuriösen Dienstfahrzeugen mit umfassender privater Nutzung?
- Wieso wird den umfangreichen schriftlichen Nachweisen über Missstände bei Auftragsvergabe und Durchführung von Rohrleitungsbau, Montagearbeiten und anderem nicht einfach nachgegangen und ehrlich darauf geantwortet?
- Welche Kosten wurden durch unübliche Auflösungen von Arbeitsverträgen bzw. Freistellungen von Arbeitsleistungen bei Führungskräften und Mitarbeitern verursacht? Welche Auswirkungen hatte das auf die Qualität und Preisgestaltung der Dienstleistungen der Stadtwerke? Waren diese Vorgänge überhaupt gerechtfertigt?

Der Verbraucher kann zu Recht erwarten, dass sachliche Fragen sachlich aufgeklärt werden.

Berichte von anderen *AUF* Bündnissen

Auf dem 8. kommunalpolitischen Ratschlag gründete sich eine Koordinierungsgruppe zur Vernetzung überparteilicher Bündnisse wie *AUF Witten*. Mit das Wichtigste dabei ist der breite Erfahrungsaustausch.

Eine bedeutsame Erfahrung machte zuletzt *AUF Gelsenkirchen* mit seinem **Bürgerbegehren** rund um das Wahrzeichen der Stadt, dem Hans-Sachs Haus.

Ursprünglich waren 32 Mio. € zur Sanierung geplant, mittlerweile belaufen sich die Kosten auf 143 Mio. €! Die Beschlüsse dafür gingen am Rat vorbei, z.B. der Abschluss eines Public Private Partnership Vertrages (PPP).

Der Vertrag läuft so, dass man nur aussteigen kann, wenn beide Seiten einverstanden sind. Selbst wenn das Gebäude abgerissen würde, müsste man immer noch dafür zahlen.

Der private Investor verfügt praktisch über das Gebäude, die Stadt muss das finanzieren, ob das Gebäude genutzt werden kann oder nicht.

Um dies zu ändern, hat eine Initiative zu dem Bürgerbegehren 10.010 Unterschriften gesammelt, 1.900 mehr als nötig. Doch offensichtlich ist noch viel mehr Druck vonnöten, um diese Selbstbedienung privater Anleger auf Kosten der Bürger zu beenden.

Weitere Infos zu dem Bürgerbegehren unter:
www.auf-gelsenkirchen.de

Die nächsten Termine mit *AUF Witten*:

Samstag, 18. Februar 2006:

Infostand in Bommern, Bodenborn vor ALDI von 11-13 Uhr

Samstag, 04. März 2006:

Infostand am Berliner Platz von 11-13 Uhr

Samstag, 18. März 2006:

Infostand in Stockum Hörderstr. vor Schlecker von 11-13 Uhr

Freitag, 24. März 2006

Bürgerforum Hotel Specht, Annenstr. 104, ab 19 Uhr)

Samstag, 01. April 2006:

Infostand am Berliner Platz von 11-13 Uhr



**Montagsdemo am 23.01.06 bei klirrender Kälte.
Immer dabei: Mitglieder und Freunde von *AUF Witten***



Es gibt jede Menge Gründe, bei *AUF Witten* mitzumachen

- Ich interessiere mich für *AUF Witten*
- Ich möchte besucht werden
- Ich möchte Mitglied bei *AUF Witten* werden
- Ich möchte für *AUF Witten* spenden

Meine Anschrift:

Name

Vorname.....

Straße.....

PLZ/Ort.....

Tel.:

Coupon ausgefüllt senden an:

Romeo Frey, Bebbelsdorf 43, 58454 Witten

Informationen zu *AUF Witten* bei:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302/81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de